nternationa

Die Zeitschrift für internationale Politik

Sonderausgabe 5/2020



Kuba ohne Castros | Abkommen zwischen den USA und den Taliban | **Lebanon**, COVID 19 and the Arrival of the IMF | Die arabischen Ökonomien und die Corona-Krise Sonderausgabe 5/2020

CORONA – was kommt danach?

it diesem Heft beenden wir nun die Serie der elektronisch verteilten Sonderhefte von INTERNATIONAL. Unser nächstes Heft wird im Juni wieder in der gewohnten gedruckten Form erscheinen. Es würde uns freuen, wenn sich Leserinnen und Leser der Sonderhefte, welche unsere Zeitschrift vorher nicht gekannt haben, sich unserer Lesergemeinschaft anschließen könnten. Eine Bestellung befindet sich in diesem Heft. Man kann ein kostenloses Probeheft anfordern. Neue Abobestellungen werden prompt erledigt. Aus organisatorischen Gründen erhält jede Bestellerin/jeder Besteller auch die bisherigen Hefte des heurigen Jahrganges geschickt und auch das übliche Buchgeschenk für neue AbonnentInnen.

INTERNATIONAL ist eine völlig unabhängige und kritische Zeitschrift, die sich in den über 40 Jahren ihres Bestehens eine durchaus anerkannte Position unter den wenigen einschlägigen Zeitschriften erarbeitet hat. Wir haben viele Fans aber auch genügend Kritiker, die mit unserer ungeschminkten Kritik nichts anfangen können. Aber gerade die Monate der Pandemie haben bewiesen, wie wichtig eine eigene Meinung und unabhängige Kritik sind. Das passt manchen Mächtigen nicht, auch die meisten

Medien sind der selbstzufriedenen Manipulation der Regierenden erlegen. Das sind wir nicht und werden es auch weiterhin nicht tun.

Mit diesem Heft schlagen wir bereits großteils die Brücke zu unserer üblichen Berichtsweise. Wir kümmern uns um nationale, regionale und vor allem auch internationale Themen, die sehr oft in unseren Medien zu kurz kommen und/oder aus einseitigen Perspektiven behandelt werden. Die ausführlichen Artikel über Kuba und Afghanistan sind – für Nicht-KennerInnen von INTERNA-TIONAL – ein kleiner Vorgeschmack, was regelmäßige LeserInnen erwartet. Und die beiden Berichte über die Situation im Nahen Osten sind kein Zufall, denn diese Region ist uns ein besonderes Anliegen. Auch darüber werden bei uns sehr viele falsche Informationen und Lügen verbreitet.

Ich bedanke mich also für das große Interesse an unseren Corona-Sonderheften und hoffe, viele unserer LeserInnen auch als regelmäßige BezieherInnen der Zeitschrift begrüßen zu dürfen. Wir sind übrigens auch im Buch- und Zeitschriftenhandel erhältlich.

Fritz Edlinger

Herausgeber und Chefredakteur

INHALT

Editorial Fritz Edlinger
Kuba ohne CastrosGerhard Drekonja-Kornat3
Strategische Hintergründe des Abkommens zwischen den USA und den Taliban Matin Baraki8
Covid-19 im Libanon Carina Radler12
Lebanon, COVID 19 and the Arrival of the IMF Benjamin MacShane
Schutz vor dem perfekten Sturm im Nahen Osten Bassem Awadallah & Adeel Malik



IMPRESSUM

International – Die Zeitschrift für internationale Politik | Medieninhaber, Herausgeber & Chefredaktion: Arbeitsgemeinschaft Internationale Publizistik. Quellenstraße 2C, 1100 Wien | Mit der Herausgabe und Chefredaktion beauftragt: Fritz Edlinger, E-Mail: f.edlinger@international.or.at. | Grafik: Thomas Lehmann | Redaktion & Verwaltung: Quellenstraße 2C, 1100 Wien; Internet: www.international.or.at, E-Mail: office@international.or.at | Druck: Berger, 3580 Horn | ISSN: 1010-9285 | Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung der Verfasserin/des Verfassers wider und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Redaktion dar.

picture-alliance/dpa/M.Ajjour



Miguel Díaz-Canel Bermudez

Kuba ohne Castros

Ein aktueller Situationsbericht eines absolut nicht unkritischen Kubakenners

Der Mann in Zivil, ein rüstiger Sechziger mit silbergrauem Haar, taucht regelmäßig, ohne aufdringlich zu wirken, in den TV-Nachrichten auf, klopft Arbeitern auf die Schulter, ermuntert Schüler zum braven Lernen, eröffnet einen Agrarmarkt: Miguel Díaz-Canel Bermudez, seit April 2018 Kubas Präsident. Bei wichtigen außenpolitischen Anlässen taucht auch Raúl Castro, uniformiert, in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Kommunistischen Partei auf und als solcher immer noch päpstlicher Hüter des revolutionären Erbes.

Von Gerhard Drekonja-Kornat

iguel Díaz-Canel hat auch schon eine Verfassungsreform, von mehr als neun Millionen Kubanern breit diskutiert (im sexuell lässigen Land überraschend mit Ablehnung gleichgeschlechtlicher Ehe), hinter sich gebracht, den Posten eines Premierministers reaktiviert, gewisse Elemente privatwirtschaftlicher Initiativen bestätigt und einige unsinnige Geund Verbote für das geschäftliche Leben im Alltag einfach abgeschafft.



Übrigens twittert auch er. Seine Lieblingshashtags: "Somos Cuba. Somos Continuidad". Was nichts anderes heißt, als dass kleine Korrekturen möglich sind, ohne die Essenz der kubanischen Revolution in Frage zu stellen.

Hat also die Ära des Post-Castrismus noch immer nicht begonnen? Antworten fallen zwiespältig aus. Denn wieder ist alles neu und doch so wie immer.

Erinnern wir uns: Fidel Castro verkörperte die Revolution von Anfang an, also von 1959 bis zum Jahr 2006, als er, geplagt vom Alter, an seinen Bruder Raúl übergab. Dieser "Raúlismo", verfassungsgemäß abgesichert, sollte ohne einschneidende Veränderungen bis 2018 dauern. Dann erst rückte als Zivilist Díaz-Canel auf der Basis einer undurchsichtigen internen Auswahl (seitens der Kader der Kommunistischen Partei, der Verwaltung sowie der Armee) in die Präsidentschaft ein. Seine Amtszeit könnte, nach einmaliger Verlängerung, bis 2026 dauern.

Wird es in absehbarer Zeit endlich zum Befreiungsschlag kommen? Bisher gab es ja immer nur korsettierte Öffnungen: 2011 der Beschluss auf lineamientos, die Freigabe von rund 200 privatwirtschaftlichen Berufstätigkeiten, gefolgt vom Freiraum für paladares (privat geführte Restaurants), Vermietung von Wohnraum für ausländische Touristen (casas particulares), dann auch Freiheit für Erwerb von Eigentum. Dafür als Schmiermittel die Schaffung der Fiktivwährung des - an Dollar und Euro gekoppelten - CUC, weil ja der CUP (kubanische Peso) wertlos war. Wobei der Gegenwert, grob 1: 25, täglich minimale Variationen zeigt, ablesbar immer an ausgedruckten Rechnungen. So konsumierte zum Beispiel der Autor dieser Zeilen auf der Dachterrasse des paladar Chanchullero (dessen Werbespruch "Hemingway war nie da", als Parodie auf die zwei berühmten Hemingway-Treffs, unwiderstehlich wirkt) zusammen mit einem kubanischen Gesprächspartner einige perfekte Tom Collins und zahlte dafür 27,80 CUC = Euro, was ausgedruckt den Tagestarif 695 CUP ergab: Mit solchen Kalkulationen muss sich die kubanische Steuer, Privatinitiativen unbarmherzig belastend, herumschlagen. Selber zieht man den Betrag in CUC-Scheinen aus dem Automat und hat seine Ruh...

Wieso paladares und andere Einrichtungen des touristischen Alltags für den kubanischen Bürger unerreichbar bleiben (außer man erhält Dollarüberweisungen von Verwandten aus Miami oder betreut Devisentouristen mit Taxis oder Fahrrad-Rikschas), klärt ein Verweis auf das normale Salär: monatliches Höchsteinkommen an die 900 CUP, mit vielen Abstufungen nach unten - deren billigste Etage die Pensionisten drückt, die mit etwa 350 CUP im Monat auskommen sollen; was eben nicht reicht, weswegen vor den Hotels gebettelt wird, leicht verdeckt, indem alte Männer demütig die Tageszeitung "Granma" (die niemand liest) anpreisen oder Greisinnen Stanitzel mit Nüssen (die niemand will) anbieten. Dies natürlich nur vor den billigeren Touristenhotels, denn die neuen Fünf-Sterne-plus-Herbergen, alle uniform mit riesigem Pool auf der Dachterrasse, welche jüngst in Erwartung der US-Besucher aus dem kubanischen Altstadtboden schossen (450 Dollar pro Nacht, Frühstück extra!) wissen sich dagegen zu wehren. Übrigens gehört inzwischen auch Kempinskis glorioses "La Gran Manzana" dazu. Wie viel davon Kubas Armee, mit eigenen Unternehmen (Gaviota, Cubanacán etc.) Hauptaktionär des kubanischen Tourismus, eintreibt, weiß nur der Finanzminister des Landes.

Kubas Revolution hat die Bevölkerung des Landes nie aus Eigenem ernähren können. Denn selbständige Bauern, mit eigener Vermarktung agrarischer Produkte, verstand die reine Lehre immer als potentiell konterrevolutionär. Trotz aller Anpassungen muss die Zuckerinsel auch heute noch über achtzig Prozent der Lebensmittel – gegen Devisen – einführen. Das einzige Experiment mit der Freigabe bäuerlicher Produktion lief in den mittleren 1980ern und war sensationell erfolgreich. Als aber Fidel Castro begriff, dass ein Bäuerlein, der seinen Knoblauch (ein für die kubanische Küche unentbehrliches Produkt) in den Straßen von Havanna auf einem Handkarren feilbot, das Vielfache eines Spitalsdirektors verdiente, diktierte er 1986 in



einem Wutanfall die "rectificación de errores y tendencias negativas", was die beginnende Marktöffnung abwürgte. Somit musste Moskau die kubanische Revolution weiterhin mit allem subventionieren.

Allein, die Sowjetunion zerfiel 1990/91. Kuba stand plötzlich nackt da. Eine bösartige Krise braute sich zusammen. Es drohte ein wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Kollaps. Hungerrevolten brachen aus. Es musste zur Abfederung ein "periodo especial en tiempos de paz", sozusagen ein Kriegszustand ausgerufen werden. Von der Not getrieben, fiel damals die Entscheidung, die kubanische Revolution dem Devisentourismus zu öffnen. (Bis dato kamen gelegentlich nur kanadische Familien, die das Angebot - idyllisches Meer, ohne Drogen, ohne Glücksspiel, ohne Prostitution - goutierten). Fidel Castro opponierte einige Zeit. Hatte doch die Hungerphase des período especial den Kubanern die revolutionäre - sozusagen auch die "bürgerliche" -Moral ausgetrieben. Der Überlebenskampf im damaligen Havanna rechtfertigte jede Gaunerei. So beschreibt es in Erinnerung der Chefredakteur einer digitalen Zeitschrift, Jorge Alberto Aguiar Díaz: "Alle hatten sich angewöhnt zu stehlen. Zu stehlen, um etwas zu essen zu haben. Die Regierung hatte eine Bande von Gaunern aus uns gemacht, die sich großartig fühlten, wenn sie ein paar Pesos in der Tasche hatten. Wir verkauften Parfüm zu Wucherpreisen, Milchpulver, russisches Dosenfleisch und alles, was sich sonst noch anbot".

Fidel Castros Argwohn gegen die vorgeschlagene Öffnung für Devisentourismus (wofür damals vorerst ja nur Westeuropäer in Frage kamen), war durchaus berechtigt. Erstens hatte er, erzogen von Jesuiten, sich einem moralischen Rigorismus verpflichtet, der das Mafia-Sündenbabel aus der Zeit vor 1959 verteufelte; zweitens hatte er wohl ein Gespür dafür, wie in einer bitterarmen Gesellschaft der plötzliche Einfluss von Touristen alle Varianten von Prostitution aufblühen lassen könnte. So wollte er vorerst nur eine – für Einheimische gesperrte – Touristenenklave auf der paradiesischen Halbinsel Varadero zulassen.

Das hat nie funktioniert.

Es war das Genie von Dr. Eusebio Leal, damals als "Stadthistoriker" in eine bürokratische Nebenstelle abgeschoben, der den Revolutionschef davon überzeugen konnte, dass Qualität einige der befürchteten negativen Auswirkungen von Devisentourismus neutralisieren könnte. Sein Vorschlag: die historische, inzwischen funktionslose und verslummende Altstadt ("La Habana Vieja") Schritt für Schritt zu renovieren, damit Neues zu schaffen und mit den daraus resultierenden Einnahmen das ehrgeizige Projekt auch zu finanzieren.

Diese Rechnung ging auf. Nach drei Dekaden sorgsamer Renovierung glänzt die historische Altstadt heute als Juwel, ist anerkanntes UNESCO-Kulturerbe und leitet örtlich in der Verlängerung über zum "Malecón", der acht Kilometer langen prachtvollen Uferstraße mit Blick auf Festung und Meer. Wer freilich meint, aus La Habana Vieja sei ein urbaner Disney-Park geworden, mag auch recht haben.

Und die Touristen kamen. Zuerst die Europäer. Bald fünfhunderttausend im Jahr, dann eine Million, bald aufgestockt auf zwei Millionen, und, mit zögerlicher Reiseerlaubnis aus Washington für US-Bürger, Hunderttausende extra. (Als interessanter Vergleich: vor 1959 kamen überhaupt nur an die dreihunderttausend Gringos pro Jahr nach Havanna.) Im bisher letzten Zähljahr schloss der Tourismus mit mehr als vier Millionen Besuchern ab.

Und dann passierten überhaupt Wunder: Dank US-Präsident Barack Obama, unterstützt von vatikanischer Diplomatie, kam es 2014 zur Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehung Washington-Havanna. Im März 2016 kam Obama in Begleitung seiner Gattin sogar persönlich in die kubanische Kapitale und saß zusammen mit Raúl Castro auf einer Bank im Baseball-Stadion. Viele Strafmaßnahmen des dekadenalten "bloqueo" (zu übersetzen als Embargo) verstaubten. Türen öffneten sich. Havanna und Miami begannen miteinander zu kommunizieren. Dollarüberweisungen von exilkubanischen Verwandten aus den USA flossen problemlos. Schließlich durften sogar wieder Kreuzfahrtschiffe von US-Reedereien in das riesige Hafenbecken von Havanna einfahren.

Havanna holte tief Atem. Ein politisch-gesellschaftlicher Frühling blühte auf. Die digitale Revolution erreichte, verzögert, auch die kubanische Welt. Celulares (Handys) überall. Intellektuelle und Literaten kommunizierten relativ klaglos über Blogs oder in online-Publikationen. Internet durfte expandieren. Künstler agierten international erfolgreich, Musiker oder Sportler sowieso. Wer ein Visum oder Geld für ein Ticket ergatterte, durfte ausreisen. Die Kunstbiennale von Havanna, die jährliche Bücherschau sowie das lateinamerikanische Filmfestival sorgten für internationale Vernetzung. Im Dezember 2016 verzieh Federica Mogherini, damals EU-Außensprecherin, manch vergangene Menschenrechtsverletzung und unterzeichnete nach langer Verhandlung in Havanna das "Abkommen über Dialog und Zusammenarbeit", was Europa in die kubanische Öffnung einband.

Alle diese positiven Tupfer gipfelten 2019 in Feiern: 60 Jahre Revolution! 500 Jahre Stadt La Habana! Nach endloser Renovierung Wiedereröffnung des "Capitolio" und des "Gran Teatro". Kanadische Pyrotechniker zündeten am 16. November 2019 zu Ehren der kubanischen Hauptstadt ein pharaonisches Feuerwerk

Inzwischen residierte Donald Trump im Weißen Haus in

Washington. Persönlich scheint er sich nicht sonderlich um Kuba zu kümmern. Wohl aber die nie vergebende exilkubanische Gemeinde in Miami und Florida, heute koordiniert von Senator Marco Rubio, der Trumps Sicherheitsberater umgarnt, um Kuba wieder dem Joch des bloqueo zu unterwerfen. Es begann mit einzelnen Nadelstichen, die sich im Laufe des Jahres 2019 zu schmerzhaften Hieben verdichteten: Die für das tägliche Überleben in Havanna so lebenswichtigen Dollarspenden werden besteuert und gestrafft; US-Bürger dürfen nur noch unter bestimmten Bestimmungen einreisen; US-Fluggesellschaften müssen ausschließlich von Miami aus einfliegen. Und US-Kreuzfahrtschiffe bleiben seit September 2019 überhaupt aus. Liner aus Hamburg oder anderen europäischen Werften dürften noch, fürchten aber Strafpunkte aus Washington und lassen es lieber bleiben.

Und dann noch zwei besonders harte Schläge, die Kuba heute in Nöte versetzen: Erdöltanker aus Venezuela schaffen es nur noch sporadisch nach Havanna, weswegen Energieknappheit droht; und Washington hat den Artikel III des seinerzeitigen Helms-Burton-Gesetzes, lang vergessen, aktiviert, was Altbesitzern ermöglicht, ausländische Investoren (es sind vor allem Europäer) mit Klagen zu überziehen.

Resultat: Kuba muss 2020 erneut eine Krise meistern. Sie wird nicht so bösartig ausfallen wie die in den frühen 1990ern, als nach der Implosion der Sowjetunion fast alles zum Stillstand kam. Kubas wirtschaftliche Textur präsentiert sich heute robuster. Aber erneut gibt es für libreta-Berechtigte Warteschlangen vor den staatlichen Verteilern von Grundnahrungsmitteln (während die glitzernden Luxusläden, wo bis vor kurzem US-Sugardaddys attraktive Mulattinnen aushielten, leer stehen). Taxilenker kriegen nur schwer Diesel. Strom steigt im Preis. Auch die touristische Szene schwächelt. Statt mehr als vier Millionen Besucher wird es heuer vielleicht nur drei Millionen geben. Freilich, das eigentliche Krisenmanagement muss 2020 der Finanzminister bewältigen. Überall brechen die Deviseneinnahmen weg. Besonders schmerzhaft: Das Ausbleiben der Gelder aus jenen Dritt-Welt-Staaten, die kubanische Ärzteteams beschäftigen und deren Honorare zu zwei Dritteln direkt an den kubanischen Staat fließen. Wo solche Programme auslaufen, bleibt der Devisengewinn aus: minus 400 Millionen aus Brasilien, 200 Millionen aus Ecuador, 160 Millionen aus Bolivien. El Salvador und demnächst wohl auch Uruguay folgen in der Kündigungssequenz.

Immerhin, es bleiben Freunde: unerlässlich Venezuela! Dann Russland, China, aus Trotz wohl auch die Türkei, und immer verlässlich korrekt mit Ausrüstung Japan. Interessanterweise auch Spanien, immerhin bis 1898 Kolonialherr der Zuckerinsel, aber heute stärkster Investor auf Kuba: Man könnte ironisch von einer spanischen Reconquista reden! Und schließlich sitzt Havannas Bevölkerung schon seit 60 Jahren Krisen aus. Freilich, die revolutionäre Begeisterung hat sich wohl restlos verflüchtigt. Fidels Mantra-Satz "Convertir el revés en victoria" (Einen Rückschlag in Sieg verwandeln) zieht nicht mehr. Zumal der klassische Habanero nicht in der restaurierten Altstadt wohnt, sondern in den Vierteln westlich davon, im Centro, dem Bezirk, der im 19. Jahrhundert außerhalb der Stadtmauer entstand und dessen Bestand zum Trümmerhaufen verkommt. Dort herumwandernd, hatte der Autor dieser Zeilen manchmal den Eindruck von Bombardements. Auch der Malecón spiegelt nicht mehr den Glanz von früher. Zwei besonders bösartige Hurrikans, gefolgt von einem Tornado, schlugen schmerzhafte

Wunden. Einer, "Irma", überflutete 2017 nicht nur den Malecón, sondern überschwemmte die Rampa hinauf fast bis zum ehemaligen Hilton-Hotel – sprich Habana Libre. Da infolge der neuesten Krise weder Geld noch Energie vorhanden sind, bleiben die Schutthaufen einfach liegen, auch am Malecón. Niemand räumt auf. Die Devisen-Touristen auf den halbstündigen Hop-on-hop-off-Bussen wundern sich, fotografieren aber dennoch.

Eine Art Mehltau legt sich auf die Gemüter wie auch auf die Stadt. Es schmerzt. Was hat man Havanna alles schon angetan! Und doch bleibt die Stadt betörend schön. Übrigens nicht in den Farben "weiß und hibiskusrot", wie Gottfried Benn sie seinerzeit in einem Gedicht gefeiert hat. Eher "schimmernd wie ein dunkler Saphir", wie der kubanische Blogger Orlando Luiz Pardo Lazo schreibt. Der Autor dieser Zeilen, im Hotel Deauville aus dem 13. Stock über Stadt und Meer schauend, wie gerade ein blutroter Vollmond im ersten Morgenlicht ins Meer plumpst, meint eher bernsteinfarbene Schattierungen wahrzunehmen.

Schönheit soll nicht der politischen Schluss sein: Nach vorsichtigen Gesprächen zwischen Universität und Literatur gewinnt der Autor den Eindruck, der kubanischen Führung kämen die Trump-Gemeinheiten gar nicht so ungelegen. Manchen in der revolutionären Führung, diesem undurchsichtigen autoritären Konsortium, sei die "Öffnung" in den jüngsten Jahren bereits zu weit gegangen. Es sei an der Zeit, wieder die revolutionäre Disziplin anzumahnen! In der Universität

wird die Anwesenheit bei der Marxismus-Vorlesung wieder kontrolliert. Havanna als touristischer Karneval, der intellektuelle Begehrlichkeiten freisetzt, stößt auf. Deswegen fällt auf den zaghaften Frühling schon wieder Frost. Kontrollmechanismen greifen.

Insbesondere misstrauen die Apparatschiks den Jugendlichen, deren revolutionäre Begeisterung nachlässt oder überhaupt nicht mehr vorhanden ist. Besonders krass zeigt sich dies bei musikalischen Trends, wo der aus Puerto Rico herüberschwappende Reggaetón innerhalb der jüngsten Dekade die junge Generation infiltriert. Reggaetón hat frühere musikalische Trends von Salsa, Timba, Hiphop und insbesondere dem Rap zu einer radikalen Klangform weiterentwickelt, plärrend, kreischend, schräg in jeder Hinsicht, bei den Texten obszön, sexistisch, aggressiv. Wenn dazu getanzt wird, gibt es eher nur ein Aneinander-Reiben von Körperteilen, quasi als vertikaler table dance. Kubas Revolutionsbürokratie versuchte zuerst mit Verboten gegenzusteuern, gab dann aber klein bei und öffnete schließlich sogar den TV-Kulturkanal für gelegentliche Auftritte der wilden Protagonisten. Eindeutig ist: Wer Reggaetón mitmacht, hat mit der Revolution nichts mehr am Hut. Mittels privat gepresster Disketten Reggaetón hören, in jugendlichen





Banden nächtlich am Malecón vagabundieren, dabei Rum saufen und sexuell aktiv, führen jedes Engagement zugunsten Gesellschaft ad absurdum. Ausschweifende Anarchie ist sozusagen ihre ultimative Rache an der Revolution.

Um gegenzusteuern und den Jugendlichen eine "saubere" Freizeit zu bieten, schuf die offizielle Kulturpolitik die "Fábrica de Arte Cubano", eine riesige, in einem ehemaligen Industriebau eingerichtete Diskothek, mit ineinander verschachtelten Räumen, Stiegen und Tanzböden, wo Beat dröhnt, Stroboskoplicht blitzt, fotografische Kunst rotiert. Alles relativ billig, mit sanften Drinks und einfachen Snacks. Eher öde, meint der Autor. Aber der konsumierte Cuban Sandwich hat geschmeckt.

Vor dem untadelig restaurierten Capitolio, seinerzeit in den 1920ern als Replik des Kapitols von Washington gebaut, aber nunmehr doch von der Revolution für die eigene Nationalversammlung in Betrieb genommen, steht eine eherne Tafel mit dem eingemeißelten Spruch "Esta obra no es para hoy, es para siempre!" – Dieses Werk ist nicht für den Tag, sondern für die Ewigkeit! Gilt der heroische Satz auch für die kubanische Revolution? – Sie hat bereits so zahlreiche Krisen durchgestanden, dass die Vorstellung, sie könnte einmal zum Ende kommen, beinahe heiter wirkt.

Indes, ¿quién sabe?, wer weiß, wie Geschichte wird. An seinem letzten Wochenende in Havanna spazierte der Autor den Paseo del Prado zum Meer hinunter. Wie an Wochenenden üblich und vor allem auch erlaubt, drängten sich darauf Kioske mit Artesanía, Kunsthandwerk, Hobby-Malerei, Alltagsplunder. Bei einem eher eleganten Stand fesselte ein Domino-Set. Als der nicht mehr junge Standinhaber das Interesse des Autors wahrnahm, zeigte er Zusätzliches. Dabei rutschte, vielleicht nicht zufällig, ein handgefertigtes Spruchband herunter:

"Es könnte sein, dass einmal einer kommt und sagt, alles sei vorbei. Das wird der Anfang sein."

Im nächtlichen Air France-Rückflug bleibt der Satz im Gedächtnis.

Gerhard Drekonja-Kornat ist Emeritus am Lateinamerika-Lehrstuhl der Universität Wien. Er ist zweifellos einer der fundiertesten Lateinamerikakenner im deutschsprachigen Raum.

E-Mail: gerhard.drekonja@univie.ac.at

Eine gekürzte Fassung dieses Artikels ist in "Lateinamerika anders" erschienen.



Strategische Hintergründe des Abkommens

Nach über einer Dekade geheimer und offizieller Verhandlungen einigten sich am 29. Februar 2020 die Vereinigten Staaten und die Taliban in Doha auf ein "Agreement for Bringing Peace to Afghanistan".

Von Matin Baraki

n diesem Zusammenhang gaben die US- und die afghanische Regierung am selben Tag eine gemeinsame Erklärung ab. Es handele sich indes noch nicht um ein umfassendes Friedensabkommen, sondern lediglich um eine Art "Türöffner" zum Einstieg in innerafghanische Verhandlungen. Damit ist ein erster Schritt hin zu einem möglichen Frieden in Afghanistan getan. Aber der Weg dahin wird allerdings lang und steinig sein. Als Barack Obama 2008 zum Präsidenten der Vereinigten Staaten gewählt wurde, signalisierten die Taliban ihre Bereitschaft, den Konflikt am Hindukusch politisch lösen zu wollen. Doch seine Ankündigung, das CIA-Konzentrationslager Guantanamo auf Kuba zu schließen und aus diesem Grund ab sofort keine Gefangenen mehr zu machen, hatte zur Folge, dass die moderaten und verhandlungsbereiten Taliban-Funktionäre nun per Drohneneinsatz physisch eliminiert wurden. Allein 2013 töteten US-Streitkräfte mehr als 8.000 von ihnen.

Freie, demokratische und streng kontrollierte, von unten nach oben durchgeführte Wahlen für eine Verfassungsgebende Versammlung (Loya Jirga) wären die Rettung des geschändeten afghanischen Volkes sonst wäre nur ein Volksaufstand die Alternative.

Will man das Abkommen zwischen der US-Administration und den Taliban vom 29. Februar 2020 in Doha, der Hauptstadt vom Golf-Emirat Katar², in seiner Bedeutung einordnen, fällt einem die Redewendung nach dem römischen Dichter Horaz ein: "Der Berg kreißte und gebar ein Maus". Das Dokument wurde von Mullah Abdul Ghani Baradar, dem Leiter der Taliban-Delegation, sowie dem

US-Sonderbeauftragten Zalmay Khalilzad, einem gebürtigen Afghanen, unterzeichnet. US-Präsident Donald Trump, der die Taliban "große Kämpfer" nannte, schickte seinen Außenminister Mike Pompeo zur Unterzeichnungszeremonie. Der Taliban-Verhandlungsführer Abbas Stanikzai hob stolz hervor: "Es gibt keinen Zweifel daran, dass wir den Krieg gewonnen haben." Die islamistischen Taliban-Kämpfer sehen sich als die einzige jihadistische Bewegung, die der Supermacht die Stirn geboten und sie zum Abzug gezwungen hat.

Pakistan gilt als Hauptunterstützer der Taliban. Daher ist auch ein Erfolg des Abkommens davon abhängig, wie sich die Verhältnisse zwischen den pakistanischen und afghanischen Administrationen gestalten. US-Außenminister Pompeo hat im Vorfeld der letzten Runde der Verhandlungen "viel Aufwand betrieben, um die pakistanische Führung für das Abkommen zu gewinnen. Ihre Unterstützung ist jedoch weiterhin fraglich."

Nach 19 Jahren Krieg, 1.968 toten US-amerikanischen Soldaten 6 und zwei Billionen US-Dollar, die Washington im Krieg gegen Afghanistan verpulvert hat, 7 haben die US-Amerikaner "sich nach Jahren

 $_{\rm 1}$ Vgl. Ettmayer, Wendelin: Weltweite Übermacht der USA?, in: International, Wien, I/2020, S. 7.

² Vgl. Misteli, Samuel: Die Taliban haben die besten Karten, in: Neue Zürcher Zeitung (NZZ), 29.2.2020, S. 11.

³ Meier, Christian/Sattar, Majid: Die Taliban sind große Kämpfer, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 2,3.2020, S. 5.

⁴ Meier, Christian/Sattar, Majid: Streit über Afghanistan-Vereinbarung, in: FAZ, 2.3.2020, S. 1.

⁵ Glatz, Rainer L./Kaim, Markus: Mandat verlängern – Abzug vorbereiten, in: SWP-Aktuell, Berlin, NR. 18 März 2020, S. 2.

Vgl. https://de.statista.com/statistik/daten/studie/2006/umfrage/gefallene-oder-verunglueckte-soldaten-der-westlichen-koalition-in-afghanistan]. Im Rahmen der "Operation Enduring Freedom (2001 bis 2020) sind 2,400 US-Soldaten gefallen. Vgl. https://de.statista.com/statistik/daten/studie/72801/umfrage/kriege-der-usa-nach-anzahl-der-soldaten-und-toten/. Zwischen den Jahren 2001 bis zum 22.1.2020 kamen insgesam 3,587 Soldaten der westlichen Allianz in Afghanistan ums Leben. Vgl. https://de.statista.com/statistik/daten/studie/2006/umfrage/gefallene-oder-verunglueckte-soldaten-der-westlichen-koalition-in-afghanistan).

Die Bundesrepublik Deutschland hat insgesamt 58 Tote und mehr als 100 Verletzte zu beklagen.



zwischen den USA und den Taliban

voller Misserfolge dazu verpflichtet, ihre Truppen aus dem Staat [Afghanistan] abzuziehen. Angesichts ihrer vollmundigen Ankündigungen im Jahre 2001 kommt dies einer Flucht gleich. Die USA erlebten in Afghanistan ein Mini-Vietnam."

Die Tinte auf dem Papier war noch nicht trocken, als sich prompt der afghanische Präsident Ashraf Ghani am 1. März zu Wort meldete und eine der wichtigen Komponenten der Vereinbarung ablehnte. Danach sollten bis zum 10. März 5.000 gefangene Taliban-Kämpfer freigelassen werden. Es gäbe "keine Verpflichtung" betonte Ghani. "Die Vereinigten Staaten vermittelten. Vermitteln heißt nicht, Entscheidungen zu treffen."9 Die Taliban-Gefangenen sind ein wichtiges strategisches Faustpfand für die Kabuler Administration, die sie als Teil der innerafghanischen Verhandlungen ansieht und nicht als Vorbedingung für die Verhandlung akzeptiert. Die Entscheidung über die Freilassung der Taliban-Kämpfer stehe nicht den USA, sondern seiner Regierung zu, hob Ghani hervor. Im Gegenzug müssten 1.000 gefangengenommene Regierungskämpfer freigelassen werden. Als Reaktion auf Ghanis Äußerung kündigte ein Taliban-Sprecher, Sabiullah Mudschahid, an, dass die Kampfhandlungen bis zu einer innerafghanischen Einigung fortgeführt würden. Durch zwei Anschläge der Taliban in Nordafghanistan wurden mindestens 20 Sicherheitskräfte getötet, 16 Mitglieder der nationalen Sicherheitskräfte kamen bei einem Angriff auf die Militärbasis in der Stadt Kundus ums Leben. Bei einem weiteren wurden vier Polizisten getötet und einer verletzt.10 "Die Taliban wollen jetzt noch einmal militärische Stärke demonstrieren"

stellte der deutsche Kommandeur für Nordafghanistan, Brigadegeneral Jürgen Brötz fest. Sie wollten die Kabuler Administration in die Knie zwingen. Nach Angabe der nationalen Sicherheitsbehörde in Kabul haben die Taliban bis zum 26. April 2020 insgesamt 2804 Operationen durchgeführt. Daraufhin lenkte Ashraf Ghani ein und bot die Freilassung von 1.500 Talibankämpfer

Etwa 90.000 Soldaten der Bundeswehr waren seit Januar 2002 am Hindukusch eingesetzt. 2014 waren es fast 5.000 Soldaten, bis heute blieben 1.234 dort. Der Einsatz hat den deutschen Steuerzahlern bis jetzt über sechs Milliarden € gekostet. Vgl. Carstens, Peter: Verteidigung am Hindukusch, in FAZ, 12.3.2020, S. 10.

- 8 Moskowskij Komsomolets, Moskau, 2.3.2020.
- Meier, Christian/Sattar, Majid: Die Taliban sind große Kämpfer, a.a.O., S. 5.
- 10 Vgl. Anschlag in Nordafghanistan: Taliban töten trotz Abkommen weiter, in: dpa, 4-3.2020.
- 11 Käppner, Joachim: "Die Kämpfe sind intensiver geworden" (Interview), in: Süddeutsche Zeitung (SZ), 16.4.2020, S. 5.

an. Aber dies wurde von den Taliban umgehend zurückgewiesen, indem ihr politischer Sprecher Suhail Shaheen betonte, dass "5.000 Gefangene als vertrauensbildende Maßnahme freigelassen werden sollten, und das sollte vor innerafghanischen Gesprächen sein".¹² Die Taliban bestehen also darauf, dass gemäß dem Abkommen mit den USA noch vor Beginn der innerafghanischen Verhandlungen die Gefangenen freigelassen werden müssen. Sie verlangen die Freilassung von namentlich genannten fünfzehn ihrer Funktionsträger. Ansonsten würde es keine Verhandlungen mit der Kabuler Administration geben.¹³ Bis Mitte April haben die Taliban insgesamt 60¹⁴ und die Regierung ihrerseits bis Anfang Mai 850 Gefangene freigelassen.¹⁵

Die US-Armee nahm die Anschläge der Taliban zum Anlass, unmittelbar am 4. März einen Luftangriff gegen die Taliban-Kämpfer zu fliegen. Im Bezirk Nahr-e-Saraj in der süd-afghanischen Provinz Helmand, einer Hochburg der Taliban, bombardierte die US-Luftwaffe ihre Kämpfer, wie der US-Militärsprecher, Sonny Leggett, auf Twitter mitteilte.¹⁶

Man ist geneigt zu fragen, ob denn nun alles für die Katz gewesen ist?¹⁷ Der US-Vertreter und die Taliban haben zwölf Jahre geheime und zwei Jahre der offizielle Gespräche in Katar geführt, um Bedingungen für eine politische Lösung des längsten Krieges der US-Geschichte auszuhandeln. Trump möchte zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen: zum einen sein Wahlversprechen, die US-Einheiten aus Afghanistan abzuziehen, realisieren und die bevorstehenden Wahlen am 3. November 2020 gewinnen. Zum anderen die Taliban in die kolonial-ähnlichen Strukturen am Hindukusch integrieren und durch Vergabe von ein paar Posten neutralisieren.

Er bemängelte, dass in dem seit Ende 2001 währenden Krieg hohe Kosten für die US-Truppen, für den amerikanischen Steuerzahler und für das afghanische Volk verursacht worden seien. Dieser Krieg hat nach offiziellen Angaben in den Hochphasen (2002 bis 2014) jede Woche 1,5 Milliarden US-Dollar gekostet. Im Wahlkampf versprach er dem amerikanischen Volk, "dass ich damit beginnen würde, unse-

¹² Taliban weisen Angebot aus Kabul zurück, in: AFP, 11.3.2020.

¹³ Vgl. Taliban widersprechen Ghani, in: SZ, 3.3.2020, S. 7.

¹⁴ Vgl. Taliban lassen weitere Gefangene frei, in: FAZ, 18.4.2020, S. 6.

¹⁵ Vgl. Afghanische Regierung ließ weitere 300 Taliban frei, in: Salzburger Nachrichten, 5.5.2020.

¹⁶ Vgl. USA fliegen Angriff auf Taliban, in: dpa, 4.3.2020.

Vgl. Matern, Tobias: Friedensabkommen zwischen USA und Taliban wackelt, in: SZ, 2.3.2020, S.

re Truppen nach Hause zu bringen und zu versuchen, diesen Krieg zu beenden"18. Kann man dem launigen US-Präsidenten glauben? Würden es die US-Strategen zulassen, die Truppen aus Afghanistan abzuziehen, zumal NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg auf der letzten Tagung der Verteidigungsminister am 14. Februar 2020 die VR China als Gegner - im Kommuniqué diplomatisch als Herausforderung für den Westen verbrämt - eingestuft hat? Afghanistan hat ganz im Norden eine gemeinsame Grenze mit China. Genau dort befindet sich ein NATO-Stützpunkt. Das Land am Hindukusch ist ein unsinkbarer Flugzeugträger der USA und der NATO. Auch Barack Obama hatte den Abzug der US-Armee versprochen. Doch er reduzierte lediglich die Kampftruppen und afghanisierte somit den Krieg. Seitdem kämpfen überwiegend Afghanen, unter welchen Namen auch immer, gegen Afghanen.

Das Abkommen ist also lediglich "ein Deal der Versprechungen"19, auf dessen Grundlage noch weitere Maßnahmen verhandelt werden sollen. "Wir stehen erst am Anfang"20, sagte Mike Pompeo. Die beabsichtigten innerafghanischen Friedenverhandlungen, sollte es überhaupt dazu kommen, würden "harte Arbeit und Opfer von allen Seiten"21 erfordern, bemerkte er. Nach der Umsetzung des Abkommens würden die ausländischen Truppen bis Ende April 2021 vollständig abgezogen werden. "Sollten schlimme Dinge passieren, werden wir zurückkehren"22 drohte der US-Präsident. Die USA könnten den Krieg in Afghanistan gewinnen, dazu müssten sie aber "eine Million Leute töten".23

Die Kernforderung der Taliban wäre erfüllt, wenn der Abzug der ausländischen "Invasoren" tatsächlich erfolgen würde. Taliban-Chef Hibatullah Akhundzada nannte das Abkommen einen "großen Sieg" seiner Bewegung. Er meinte, dass das Abkommen "zum Ende der Besatzung"²⁴ Afghanistans führen werde. Die Taliban verpflichten sich unter anderem dazu, dass von Afghanistan keine Terrorbedrohung gegen die USA und ihre Verbündeten mehr ausgehe. Das ist nichts anderes als ein Alibi-Argument, denn von Afghanistan ist nie eine Terrorgefahr für die USA und ihre Verbündeten ausgegangen.

Ein weiterer Bestandteil des Abkommens ist die Festlegung, dass die Taliban Verhandlungen mit der Kabuler Administration führen sollen. Das wären dann die eigentlichen Friedensgespräche. Bisher hatten sie sich geweigert, direkt mit der Kabuler Führung zu verhandeln, weil sie die Regierung für eine Marionette der USA halten. Die Unterredungen sollen der Vereinbarung zufolge zu einem dauerhaften Waffenstillstand und einem politischen Fahrplan für die Zukunft Afghanistans führen. Würde es tatsächlich dazu kommen, besteht die reale Möglichkeit, dass es zu einer erneuten Spaltung der Bewegung der Taliban kommen könnte. Die Spaltergruppe würde sich dann der in Afghanistan operierenden DAESCH "Islamischer Staat" (IS) anschließen und zu dessen Stärkung beitragen. Dann wäre das Land am Hindukusch vom Regen in die Traufe gekommen.

Die USA sichern zu, die Zahl ihrer Soldaten binnen 135 Tagen von rund 13.000 auf 8.600 zu verringern. Die Stärke der internationalen Truppen soll proportional sinken. Nur fünf von sechzehn großen und zwölf kleinere US-Militär-Basen müssten demnach in diesem Zeitraum geschlossen werden. Sollte das Abkommen halten, würden innerhalb von 14 Monaten – also bis Ende April 2021 – alle ausländischen Truppen abziehen. In der gemeinsamen Erklärung Washingtons und Kabuls vom 28. Februar 2020 heißt es dazu einschränkend: "Gemäß der gemeinsamen Einschätzung und Entscheidung der USA und Afghanistans" sowie "in Abhängigkeit von der Erfüllung ihrer

im Abkommen mit den USA übernommenen Verpflichtungen durch die Taliban"25. In einer Erläuterung des US State Departments zu dem Doha-Abkommen wird hervorgehoben, der Abzug der US-Truppen sei "Conditions based" (bedingt) und "wird davon abhängen, wie gut die Taliban sich an ihre Verpflichtungen halten"26. Beurteilt wurden die Erklärungen noch von keiner internationalen Instanz, sondern ausschließlich von der US-Administration in Absprache mit der Kabuler Führung. Es wäre ein Wunder, wenn Trump wirklich die Absicht hätte, seine Truppen aus dem längsten Krieg in der Geschichte der Vereinigten Staaten heraus zu holen. Aber es ist eher wahrscheinlich, dass er nach dem Motto von BRD-Altkanzler Konrad Adenauer handeln wird: "Was interessiert mich mein Geschwätz von gestern." Falls er am 3. November für eine zweite Amtszeit gewählt werden sollte, könnte er ganz anders über einen US-Militär-Abzug entscheiden. Außerdem kann er sich auf das 2012 abgeschlossene "Strategic Partnership Agreement" berufen, das den USA erlaubt, bis 2024 Truppen in Afghanistan zu stationieren. Darüber hinaus gibt es ein geheimes Abkommen von 2002 zwischen der Kabuler Administration unter Hamid Karzai und den USA, wonach die US-Einheiten für 99 Jahre in Afghanistan bleiben dürfen. Es gibt also viele Imponderabilien, wodurch die ganze Geschichte ad absurdum geführt werden könnte.

Im Zusammenhang mit dem IS-Anschlag am 6. März 2020 in der afghanischen Hauptstadt Kabul, in dessen Folge mehr als 30 Menschen ums Leben kamen, wurde Trump darauf angesprochen, wie die USA künftig für die Sicherheit Afghanistans sorgen wollen, da die afghanische Regierung nach einem Abzug der US-Truppen nicht mehr auf militärische Unterstützung der USA zur Abwehr der Taliban bzw. dem IS bauen könne. "Irgendwann müssen Länder für sich selber sorgen" sagte Trump am 6. März im Weißen Haus auf die Frage eines Reporters, ob er eine Machtübernahme der Taliban nach dem geplanten Abzug befürchte. "Irgendwann werden sie sich selber schützen müssen."27 Die US-Soldaten seien inzwischen seit fast zwei Jahrzehnten in Afghanistan im Einsatz. Es wurden 2.000 US-Soldaten getötet²⁸ und mehr als 20.000 verletzt. "Wir können nicht die nächsten 20 Jahre dort sein."29 Ergänzend stellte Zalmay Khalilzad Anfang März fest, dass die USA niemanden um Erlaubnis gebeten hätten, als sie nach Afghanistan einmarschierten. Sie werden dies auch nicht tun, wenn sie abziehen wollen.

Nach langer Wartezeit haben sich auf dem Gelände des Präsidentenpalastes in Kabul die politischen Rivalen Ashraf Ghani und Abdullah Abdullah am 9. März 2020 in getrennten Zeremonien zum Präsidenten Afghanistans erklärt. Der US-Sondergesandte Khalilzad hatte nur an der Vereidigung Ghanis teilgenommen, damit wurde signalisiert, dass die US-Administration ihn im Machtkampf gegen Abdullah stützen wird.

Während der Vereidigungszeremonien mit hunderten Gästen waren in der afghanischen Hauptstadt zwei Explosionen zu hören. Mehrere Gäste flüchteten. Ghani nutzte das zu einer Kampfansage. Unter dem Geheul von Alarmsirenen sagte er vor den verbliebenen Gästen, er trage keine schusssichere Weste. "Ich werde bleiben, selbst wenn ich dafür meinen Kopf opfern muss."30 Ghani war Mitte Februar, fünf Monate nach der von Betrugsvorwürfen überschatteten Präsidentenwahl, zum Wahlsieger erklärt worden. Sein unterlegener Kontrahent, Regierungschef Abdullah, erkannte das Wahlergebnis nicht an und rief eine Gegenregierung aus. Der Streit der Rivalen nährt die Angst vor einer abermaligen politischen

¹⁸ Trump: USA und Taliban unterzeichnen Abkommen, in: dpa, 27.2.2020.

¹⁹ Meier, Christian: Ende eines endlosen Kriegs?, in: FAZ, 2.3.2020, S. 1.

²⁰ Meier, Christian/Sattar, Majid: Die Taliban sind große Kämpfer, a.a.O., S. 5.

²² Ebenda. 23 Ebenda.

²⁴ Ebenda.

²⁵ Mellenthin, Knut: Bedingt bereit, in: Junge Welt, Berlin, 2.3.2020, S. 8.

²⁷ Trump: Machtübernahme der Taliban in Afghanistan möglich, in: AFP, 6.3.2020.

²⁸ Vgl. Bislang 2.000 US-Soldaten in Afghanistan getötet, in: dapd/AP, 30.09.2012.

²⁹ Trump: Machtübernahme der Taliban in Afghanistan möglich, in: dpa, 6.3.2020.

³⁰ Zwei Vereidigungen in Kabul, in: AFP, 9.3.2020.



Matin Baraki/Fritz Edlinger (Hg.)

KRISE AM GOLF

Hintergründe, Analysen, Berichte

Mit Beiträgen von Matin Baraki, Fritz Edlinger, Ali Fathollah-Nejad, Robert Fitzthum, Heinz Gärtner, Joachim Guilliard, Andreas Krieg, Pjotr Kortunov, Tyma Kraitt, Andreas Krieg, Karin Leukefeld, Rachid Ouaissa, Werner Ruf, Markus Schauta und Ludwig Watzal.

Rund um den Persischen Golf, der auch Arabischer Golf genannt wird, verschärfen sich die Konflikte. Mit Saudi-Arabien und dem Iran liegen einander zwei Erzfeinde an jenem Meer gegenüber, das als wichtigster Transportweg der fossilen Energieträger dient. **Matin Baraki** und **Fritz Edlinger** haben eine Reihe von ExpertInnen zu den brennendsten Fragen der Region versammelt, wobei besonderes Augenmerk auf die wirtschaftlichen Hintergründe und sozialen Auswirkungen der Krise gelegt wird.

ISBN 978-3-85371-466-9, br., 248 Seiten, 19,90 Euro E-Book: ISBN: 978-3-85371-877-3, 15,99 Euro



versandkostenfrei bestellen unter:

www.mediashop.at

Krise in Afghanistan und überschattet zusätzlich das Ende Februar unterzeichnete Abkommen zwischen den Vereinigten Staaten und den Taliban. Schon bei der vorangegangenen Präsidentenwahl vor fünf Jahren hatten sich sowohl Ghani als auch Abdullah zum Sieger erklärt. Erst durch Vermittlung des damaligen US-amerikanischen Außenministers John Kerry, der die Kontrahenten in der Kabuler US-Botschaft eingesperrt hatte, einigten sich die beiden auf einen Kompromiss: Ghani wurde Staatschef und Abdullah Regierungschef,³¹ obwohl der Posten eines Regierungschefs in der afghanischen Verfassung nicht vorgesehen ist.

Inzwischen hat der Streit eine neue Stufe erreicht. Zwei Tage nach seinem Amtsantritt hat Präsident Ghani am 11. März seinen Regierungsgeschäftsführer und Wahlrivalen Abdullah Abdullah abgesetzt. Das Büro des Regierungsgeschäftsführers existiere nicht mehr in der Struktur der afghanischen Regierung, sagte Ghanis Sprecher Sediq Sediqqi während einer Pressekonferenz am 11. März. Abdullah erklärte daraufhin auf seiner offiziellen Facebookseite, dass Ghani nicht länger Präsident sei und seine Dekrete keine Gültigkeit mehr hätten. "Wir fordern zivile und militärische Mitarbeiter der früheren Regierung auf, ihre täglichen Aufgaben und Verantwortungen wie früher fortzusetzen", schrieb Abdullah.

Auch wenn sich Ghani und Abdullah nun am 17. Mai durch massiven Druck der USA einigten, das Land künftig gemeinsam zu regieren,³³ ergibt sich aus der zwischen beiden Kontrahenten ausgetragenen Auseinandersetzung für die Taliban bei den beabsich-

tigten innerafghanischen Gesprächen, mit denen eine politische Lösung des Konflikts erreicht werden soll, ein strategischer Vorteil. Diesen können sie bei einer derartigen Kabuler Administration ganz entspannt entgegensehen. ³⁴

Die USA sehen in der Unfähigkeit Ghanis und Abdullahs zusammenzuarbeiten eine "direkte Bedrohung"35 der US-Interessen am Hindukusch. Am 23. März 2020 ist Mike Pompeo nach Kabul gereist. Dort begegnete er zwei "Präsidenten": Achraf Ghani und Abdullah Abdullah. Der US-Außenminister war nach seinen Gesprächen mit den beiden "Präsidenten" so verärgert, dass die USA ihre Finanzhilfe um eine Milliarde US-Dollar kürzen wollen. Die US-Administration sei auch zu weiteren Einschnitten bereit, so Pompeo. Ghani und sein Kontrahent Abdullah sollten sich "am Riemen reißen"36, dann würden die Einschnitte möglicherweise nicht nötig sein, drohte Pompeo vor seiner Abreise. Die US-Administration befürchtet, dass der eingeleitete Friedensprozess am Hindukusch dadurch scheitern könnte.

Matin Baraki ist ein deutsch-afghanischer Politikwissenschaftler und Dolmetscher. Er studierte in Kabul Pädagogik und arbeitete als Lehrer. 1974 ging er in die BRD und promovierte 1995 an der Philipps-Universität Marburg. Er nahm danach als Politikwissenschaftler Lehraufträge an den Universitäten Marburg, Gießen, Kassel, Münster und der FH-Schule Fulda wahr.

E-Mail: baraki@mailer-uni-marburg.de

³¹ Vgl. Zwei Vereidigungen in Kabul, in: AFP, 9.3.2020.

³² Vgl. Afghanistans Präsident setzt Wahlrivalen ab, in: dpa, 11.3.2020.

³³ Vgl. Rivalen in Afghanistan raufen sich zusammen, in: AFP/dpa; 17.5.2020.

³⁴ Vgl. Matern, Tobias: Alles läuft für die Taliban, in: Tages-Anzeiger, Zürich, 2.3.2020, S. 2.

³⁵ Matern, Tobias: Vermittlungen gescheitert, in: SZ, 25.3.2020, S. 7.

³⁶ Ebenda

Covid-19 im Libanon

Das neuartige Coronavirus hat die österreichische Wirtschaft hart getroffen – im Libanon war die Wirtschaft bereits davor massiv angeschlagen, durch die Pandemie hat sie sich aber nochmals rasant verschlechtert.

Von Carina Radler



inerseits reagierte die seit Jänner 2020 neu eingesetzte Regierung unter Premierminister Hassan Diab beherzt, indem Lockdown-Maßnahmen bereits sehr früh eingeleitet wurden. Schulen und Universitäten wurden beispielsweise zwei Wochen früher als in Österreich geschlossen, es folgten sukzessive Schließungen von Geschäften, Restaurants, Banken und öffentlichen Plätzen. Das führte dazu, dass sich die Anzahl der Erkrankten bis heute im dreistelligen Bereich hält, allerdings ist die Zahl der Testungen auch verschwindend gering. Die medizinische Versorgung ist äußerst dürftig, worüber die Bevölkerung natürlich Bescheid weiß. Eine Ansteckung möchten daher viele nicht riskieren.

So äußerte sich bald der Unmut der Bevölkerung durch neue Protestaktionen– der informelle Arbeitssektor ist groß, sehr viele Menschen leben täglich von der sprichwörtlichen Hand im Mund. Besonders in der Stadt Tripoli an der Nordküste des Libanon kam es öfters zu Demonstrationen – eine Viruserkrankung ist im Vergleich zum aufkeimenden Hunger das geringere Übel. Der Zorn richtet sich vor allem gegen die Banken, welche ihren Kunden den Zugriff auf ihre Konten verweigerten.

Mittlerweile sind auch Restaurants und viele Geschäfte wieder geöffnet worden - allerdings haben sich die Preise verdoppelt, teilweise sogar verdreifacht, da der Libanesische Lira um etwa 60% an Wert verloren hat. Zu allem Überfluss war auch die lang erwartete Öl- und Gassondierung vor der Küste Libanons, welche Ende April durchgeführt wurde, mit einem ernüchternden Ergebnis verbunden. Die Reserven sind zu gering, um sie kommerziell nützen zu können. Der Öl- und Gassektor wurde lange Zeit als Hoffnungsträger gehandelt, der die desolate Wirtschaft ankurbeln sollte. Libanon hat mittlerweile beim Internationalen Währungsfonds um Hilfe angesucht, die ersten Gespräche sollen noch diese Woche stattfinden. Zudem verzeichnet das Land seit zwei Tagen wieder einen Anstieg an Coronafällen, was wiederum zu verschärften Ausgangsbeschränkungen geführt hat. Die Angst vor aufkeimendem Hunger in der Bevölkerung steigt, und wird bestimmt nicht durch Ausgangsbeschränkungen und strenge Austeritätsmaßnahmen des IWF gebessert.

Mag. Carina Radler, Graduate Studies in Public Policy and International Affairs an der American University of Beirut



Lebanon, COVID 19 and the Arrival of the IMF

Protesters in Lebanon have plenty of reason to bemoan the autocratic response of the government – and its inability to deal with the economic crisis.

Von Benjamin MacShane

The arrival of COVID 19 in Lebanon could not have come at a worse time. The tensions between health security and economic stability are fraught in any nation. They are particularly fraught in inflation-stricken Lebanon.

Prior to the lockdown which started on March 16, the U.S. dollar-Lebanese pound exchange rate had already doubled, requiring 3,000 Lebanese pounds to buy one U.S. dollar. Today, it takes 4,000 Lebanese pounds.

A refugee haven

Even though Lebanon has long been on the ropes politically because of gravely rising domestic inequities, the country is host to 174,000 Palestinian and 1.5 million Syrian refugees.

Their living conditions and their lack of access to a proper health infrastructure makes them particularly vulnerable to the cruelties of a pandemic that thrives in poor public health systems.

As of late April, the country as a whole, according to official figures, had 677 confirmed cases of the virus and just 21 deaths.

While these figures compare relatively well to neighboring countries, the effects of the lockdown have not just increased the level of inflation.

30% live below the poverty line

The sheer despair among the refugees and – crucially — among the poor of Lebanon's 6.8 million population, had a predictable result.

By the end of April, despite the government's best efforts to keep things under wraps, all that pent-up tension finally exploded.

That was when Tripoli, Lebanon's second-biggest city and the entry point to one of Lebanon's poorest regions, Aakkar, erupted into protests to denounce the economic crisis.

There is a lot of steam in the pressure cooker: An estimated 30% of Lebanese live below the poverty line. Fawaz Fouad al-Samman became the first martyr of the renewed wave of protests.

When authorities shot the 26-year-old man ignoring the government advice on the lockdown, thousands defied the strict coronavirus lockdown rules.

They went out for protests across Lebanon on Sunday, May 3, denouncing both the autocratic response of the government and the worsening economic crisis.

Smart protest movement...

Indeed, the scale and severity of COVID 19 make the October 2019 protest movement appear faint in memory. And yet, what swept across Lebanon at the time was rightfully heralded as an unprecedented historical moment.

The decentralized and leaderless form of the protest chosen at the time seriously challenged the heavy-handed Lebanese government, which is stuck in a completely outdated socio-confessional system.

...Vs. clueless government

Not only does it not do anything to address the dire state of the economy, poverty and most inequalities. Because of its internal structure, it is simply incapable of doing anything useful.

And, its well-honed inclination to serve the interests of the powerful insiders of the governing coalition, only make matters worse.

In January, the powers that be tried to demonstrate progress and responsiveness by appointing Hassan Diab, the 61-year-old former education minister, as prime minister.

The technocrat was deemed as the most acceptable face of a despised political elite.

The move was intended as an indication of a general willingness to reform and to pacify the most ardent members of the thawra (revolution).

However, since the move was made without any electoral process, its effect was very limited.

The IMF enters into the drama

Diab took one big decision — which was to default on Lebanon's debts. In doing so, he appealed to the International Monetary Fund for help.

However, the introduction of the IMF into Lebanon's complicated picture at this stage may lead to more problems than answers.

Prior to the March decision to default, Lebanon had always been considered able to deliver on the international loans it secured over the decades.

While the purchasing power of all Lebanese without foreign currency accounts is being destroyed, it is unlikely that the type of economic justice demanded by those protesting on Sunday will be provided by the IMF.

The IMF's orthodox approach and the reforms it is likely to impose in Lebanon in exchange for financial support will likely hurt the most economically vulnerable among the Lebanese.

Complicating the picture for the IMF is how it intends to deal with the delicately balanced tapestry of Lebanon's political-confessional system. The eruption of the thawra in October 2019 underscores the immense pressures that system is now under.

The IMF vs. Hezbollah/Iran

As the outsiders want it toppled for very understandable reasons, the insiders (=beneficiaries) want it upheld at all cost. Amidst all this, the very unsubtle specter of Hezbollah looms large.

This politically powerful quasi sub-state acting under Iran's control is committed to the continuation of the corrupt socio-political status quo.

The reason why the appointment of Hassan Diab as Prime Minister is not seen as any step toward reform is that could not have

happened without the cooperation of Iran-backed Hezbollah.

While its political allies hold the majority in Lebanon's parliament, Hezbollah opposed the democratic demands of the thawra in rhetoric and action.

True to form, it sent in shebab (youth) squads to smash up the centers of protest in each city.

Is there a way out?

As the world slowly and cautiously begins to the see the light at the end of the pandemic tunnel, those who care about Lebanon basically see no light.

Under the prevailing power structure and distribution, there basically is no way to avoid the precipice of economic collapse and the further escalation of violent tensions.

However, from all perspectives the arrival of the IMF will be unwelcome. The Lebanese elites' appeal to the IMF is an explicit admission of their overall failure.

And calling in the IMF also makes plain that the utter failure of the constitutionally enshrined sectarian system that was established after the end of the civil war via the Taif Agreement in 1989.

It may have been useful politically, but is a disaster economically.

The Hezbollah dimension

Hezbollah's strong man Hassan Nasrallah will likely treat the IMF as the conspiratorial front runner of a global order that acts on the orders of Washington.

Meanwhile, for the protesters in Lebanon, desperate for economic recovery and hopeful for systemic reform, the IMF represents the arrival of a likely austerity model.

All are now asking whether the cry for democracy that was maintained over months of the 2019 thawra when many especially young people in Lebanon felt invigorated by the power of collective action and protest has any relevance.

They clearly do not see the arrival of the IMF as the answer. It basically cannot do anything to topple Lebanon's corrupt, unreformable professional politicians.

In the end, all hope for what was once the jewel of the east Mediterranean region may well be extinguished.

Benjamin MacShane is a researcher and writer on Middle East and Arab politics. He has lived in Beirut and Kuwait City.

Dieser Artikel ist in "The Globalist" am 6. Mai 2020 erschienen.



Schutz vor dem perfekten Sturm im Nahen Osten

Die arabischen Ökonomien und die Corona-Krise

Die Covid-19-Pandemie hat einen Gesundheitsnotstand und einen starken Verfall der Ölpreise ausgelöst, was einen perfekten Sturm für den Nahen Osten bedeutet, da dort alles, von den Gehältern bis zu den Subventionen, von den Erdöleinnahmen abhängt.

Von Bassem Awadallah und Adeel Malik

Wie in der Vergangenheit wird sich der gegenwärtige Ölpreisschock unweigerlich auf nicht-erdölproduzierende Länder ausweiten, da weniger offizielle Transferzahlungen und Geldsendungen von Gastarbeitern fließen werden, wodurch die für die Bewältigung der Covid-19-Krise erforderlichen Finanzpolster weiter schrumpfen.

Schlimmer noch: Die Pandemie hat die Region zu einem Zeitpunkt getroffen, als sie bereits von mehreren Krisen erschüttert wurde. Die syrische Tragödie geht weiter, in Libyen und im Jemen haben Bürgerkriege gewütet, und die arabische Bevölkerung hat

sich erneut mobilisiert. Von Algerien und Sudan bis zum Irak und Libanon sprechen sich die Demonstranten unisono gegen ein Entwicklungsmodell aus, das nur Korruption und soziale Instabilität hervorgebracht hat.

Die Wahrnehmungen der Öffentlichkeit sind nicht unbegründet. Obwohl der Nahe Osten nach wie vor als Region mit mittlerem Einkommen bezeichnet wird, hat es einen besorgniserregenden Anstieg von Armut und Einkommensungleichheit gegeben. Ein kürzlich veröffentlichter Bericht der Weltbank zeigt, dass der Anteil der Menschen in der Region, die in unmittelbarer Nähe zu



Grafitti Coronavirus im Gazastreifen mit der Aufforderung, zuhause zu bleiben.

gewaltsamen Konflikten leben, zwischen 2007 und 2017 von 6 Prozent auf 20 Prozent gestiegen ist – weit über dem weltweiten Durchschnitt von 3 Prozent.

In der Region leben heute 40 Prozent der weltweit vertriebenen Menschen. Mit der weltweit höchsten Jugendarbeitslosigkeit war es ohnehin schon zunehmend schwierig geworden, die aufgeblähten öffentlichen Sektoren der Region aufrechtzuerhalten. Ob der Irak die Gehälter seiner Beamten im kommenden Monat überhaupt auszahlen kann, bleibt abzuwarten. Und damit ist er nicht allein.

Suche nach gemeinsamen Lösungen

Die Krise als Chance begreifen: Obwohl der Ruf nach globalen Anstrengungen zur Bewältigung der Corona-Pandemie immer lauter wird, braucht der Nahe Osten als erstes eine gezielte regionale Strategie. Die arabische Welt sollte ein neues Entwicklungsmodell auf den Weg bringen, um ihre zunehmend miteinander verflochtenen sozioökonomischen Herausforderungen zu bewältigen.

Da wir heute von der Coronavirus-Pandemie heimgesucht werden, steht der Nahe Osten vor einer außerordentlichen Herausforderung, die eine außergewöhnliche Reaktion erfordert. Obwohl der Ruf nach globalen Anstrengungen zur Bewältigung der Pandemie immer lauter wird, braucht der Nahe Osten als erstes eine gezielte regionale Strategie. Die Krise sollte als Chance erkannt werden, eine neue politische Ordnung für die Region aufzubauen.

Jetzt ist es an der Zeit, dass die arabische Welt auf gemeinsame Lösungen hinarbeitet, ihr gemeinsames Schicksal akzeptiert und ein neues Entwicklungsmodell auf den Weg bringt, um ihre zunehmend miteinander verflochtenen sozioökonomischen Herausforderungen zu bewältigen.

Kein Verlass auf die Hilfe globaler Mächte

Die regionale Ordnung nach dem Zweiten Weltkrieg hatte bereits Ende 2019 ihre Belastungsgrenze überschritten. Die Vereinigten Staaten sind aufgrund ihrer abnehmenden Abhängigkeit von Ölimporten und ihrer zunehmenden Ermüdung im Hinblick auf Militäreinsätze im Ausland nicht mehr der alleinige Vermittler in Nahost-Angelegenheiten. Und obwohl Russland, die Europäische Union und regionale Mächte zunehmende Bereitschaft gezeigt haben, in der Region zu intervenieren, hat keiner dieser Akteure die Ressourcen oder den Wunsch, in die Fußstapfen Amerikas zu treten.

Infolgedessen können sich die arabischen Länder bei der Bewältigung ihrer existenziellen Herausforderungen nicht mehr gänzlich auf die Hilfe globaler Mächte verlassen. Während einige Länder des Nahen Ostens Gespräche mit dem Internationalen Währungsfonds über finanzielle Nothilfe führen, fehlt den meisten Regierungen die politische Bandbreite, um die an IWF-Gelder geknüpften Auflagen einzuhalten.

Und selbst wenn der Fonds seine übliche Forderung nach einer strikten Haushaltskonsolidierung lockerte, würde seine Hilfe nur zur Finanzierung des kurzfristigen sozialen Schutzes beitragen. Nach der unmittelbaren Krise wird es den politischen Entscheidungsträgern der Region obliegen, ein tragfähigeres Entwicklungsmodell zu entwerfen.

Diese Aufgabe kann nicht von einer einzelnen Regierung wahrgenommen werden, auch nicht von einer, die von internationalen Gebern unterstützt wird. Da die wirtschaftlichen Probleme der Region so eng miteinander verknüpft sind, können sie nur mit einem integrierten Ansatz angegangen werden.

Öffentliche Gesundheit ganz oben auf der Agenda

Zu den drängendsten Themen gehört die öffentliche Gesundheit, die ganz oben auf der Agenda steht und auch weiterhin stehen

wird. Aber der Nahe Osten muss auch die Verfügbarkeit von Wasser, Gas, Öl und Verkehrsmitteln ausbauen und den Umweltschutz verstärken. All diese Fragen unterliegen einer grenzüberschreitenden Dynamik und erfordern daher eine regionale Koordination. Ebenso müssen die Länder des Nahen Ostens zur Wiederbelebung des Wirtschaftswachstums die regionale Integration in den Bereichen Tourismus, Handel, Dienstleistungen und anderen wichtigen Sektoren fördern.

Eine derart gesamtheitliche Wachstumsstrategie kann nicht in den bestehenden Rahmen für Zusammenarbeit erreicht werden. Das traditionelle Modell des arabischen Regionalismus existiert heute nicht mehr. Die regelmäßigen Gipfeltreffen der Arabischen Liga werden zunehmend als nutzlose Zusammenkünfte angesehen – nur Gerede und keine Taten. Subregionale Strukturen wie der Golfkooperationsrat sind aufgrund interner Meinungsverschiedenheiten zwischen den Mitgliedsstaaten ebenso bedeutungslos geworden.

Bei der Schaffung eines neuen multilateralen Rahmens für die Zusammenarbeit werden derartige Spaltungen zwar sicherlich Schwierigkeiten bereiten, aber wir müssen uns fragen, ob es ohne ihn überhaupt Hoffnung für den Nahen Osten gibt.

Zermürbungskriege und kollektiver Verlust

So wie die Dinge liegen, führen die sich befehdenden arabischen Länder einen Zermürbungskrieg, der keine individuellen Siege, sondern nur kollektive Verluste bringt. Nie zuvor war die Notwendigkeit größer, gemeinsame Anstrengungen zu unternehmen. Während die Pandemie die Konfliktlinien der Region offenlegt, müssen die arabischen Führer anerkennen, dass ein strategisches Vakuum nie unausgefüllt bleibt.

In Ermangelung eines koordinierten Vorgehens werden diejenigen, die ihre Interessen einseitig verfolgen, die Initiative ergreifen und für noch mehr Konflikte und Instabilität sorgen. Während die Welt darum ringt, die Ansteckungskurve abzuflachen, stehen die arabischen Länder vor der zusätzlichen Aufgabe, die Konfliktkurve abzuflachen. Wenn sie scheitern, werden weder Gesundheit noch Wohlstand in der Zukunft der Region liegen.

Um die Konflikte zu beenden und ein neue, einheitliche Vorgehensweise für die Region zu entwickeln, müssen die arabischen Führer alte Annahmen fallen lassen und den neuen Realitäten entschlossen ins Auge sehen. Die globale Pandemie bietet eine Chance, sich eine andere Zukunft vorzustellen. Im Schmelztiegel einer Krise sind Partnerschaften leichter zu schmieden.

Es ist an der Zeit, zusammenzukommen und mit der Ausarbeitung einer minimalen, einvernehmlichen Agenda zu beginnen, die sich auf die wichtigsten humanitären Anliegen konzentriert: die Einstellung der Feindseligkeiten, die Unterstützung von Flüchtlingen, den Wiederaufbau nach Konflikten und den Marktzugang für Unternehmen, die von den jüngsten Erschütterungen betroffen sind

Lange nachdem die Covid-19-Krise vorüber ist, wird die übrige Welt mit anderen Sorgen beschäftigt sein. Nur wenn sich die Araber gegenseitig helfen, können sie sich selbst helfen. Ihre Führer sollten jetzt damit beginnen.

Dieser Artikel ist in "Quantara.de" erschienen. Aus dem Englischen von Sandra Pontow.

Fax: +43 (0)1 5229111-9 • E-Mail: abo@international.or.at

Bestellen Sie jetzt ein aktuelles Probeheft oder ein Jahresabonnement



Ich bestelle

... ein aktuelles Probeheft

... Jahresabonnement(s) Inland: 25 €

... Jahresabonnement(s) Ausland: 50 €

(Abos verlängern sich bei nicht rechtzeitiger Kündigung aut<mark>omatisch)</mark>

Jede neue Abonnentin bzw. jeder neue Abonnent erhält ein Buch als Geschenk!

Datum / Unterschrift:

Bitte ausreichend frankieren!

INTERNATIONAL Quellenstraße 2C 1100 Wien